

331182-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen – Fachplanung Technische Ausrüstung E Anlagengruppen: 1.1.4 / KG440 - Starkstrom und 1.1.5 / KG 450 – Fernmelde
OJ S 93/2026 15/05/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Staatliches Bauamt München 2

E-Mail: vergabestelle@stbam2.bayern.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Fachplanung Technische Ausrüstung E Anlagengruppen: 1.1.4 / KG440 - Starkstrom und 1.1.5 / KG 450 – Fernmelde

Beschreibung: Maßnahmenummer: B14H E 01010009 Bezeichnung d. Maßnahme: LT Max, Techniksanie rung Kellergeschoss Vergabenummer: 26-029721 Im Bayerischen Landtag findet eine Generalsanierung und Neuordnung / Neustrukturierung des gesamten Kellerbereichs im Altbau des Maximilianeums mit den Betriebs-, Lager-, Sozialräumen und Werkstätten des Altbaus (Maximilianeum) statt. Aufgrund des erhöhten Platzbedarfs für die Technikflächen und neuen Sicherheitsanforderungen wird in den Stützbauwerken unter den westlichen Auffahrtsrampen nicht genutztes Raumvolumen erschlossen, hergerichtet und für Techniknutzung umgebaut. Unterhalb des zweiten Untergeschosses werden in Teilbereichen neue Raumvolumen hergestellt. Diese Trogbauwerke dienen zur Unterbringung technischer Anlagen/Leitungen, die dort parallel zur bestehenden Technik aufgebaut und in Betrieb genommen werden, damit anschließend der Rückbau der bestehenden Technik erfolgen kann. Gleichzeitig wird die Erschließung des Gebäudes für Besuchergruppen und damit einhergehend die Verbesserung der Sicherheitsbelange des Landtages optimiert. Im Zuge der Herstellung eines neuen Besucherzugangs wird auch eine barrierefreie Erschließung von Westen geschaffen. Dafür wird das Westfoyer im Erdgeschoss des Altbaus entkernt, statisch ertüchtigt und für eine repräsentative und öffentlich wirksame Nutzung hergerichtet. Die Maßnahme MSK (MSK2+3) wird in mehreren Bauabschnitten in Abhängigkeit zur Baulogistik und zum Landtagsbetrieb ausgeführt. Die vorhandenen Räume sind baulich und technisch sehr stark verwoben und eine enge Verbindung der beiden Teilbaumaßnahmen (MSK2+3) ist damit obligatorisch. Bei der Ausführung der Bauaufgabe und den jeweiligen Umverlegungen ist besondere Sorgfalt darauf zu verwenden, dass der Betrieb des Landtags während der Baumaßnahme aufrechtzuerhalten ist. Die Baustellenabwicklung und Terminplanung müssen, entsprechend mit dem allgemeinen Betrieb des Landtags abgestimmt werden. Für den Betrieb des Landtags sind mehrere Verwaltungs-, Lager-, Werkstätten-, und Archivprovisorien erforderlich. Der Betrieb der Gaststätte im Kellergeschoss muss während der gesamten Bauzeit ebenfalls aufrechterhalten werden, inkl. der allfälligen Entsorgungsnotwendigkeiten. Die Erreichbarkeit der Lagerbereiche der Küche ist trotz der Provisorien zu gewährleisten.

Lärmintensive Arbeiten dürfen nicht zu Zeiten der Vollversammlungen (Plenarsitzungen) des Landtags ausgeführt werden. Der Brandschutz muss auch während der Baudurchführung und in allen Bauabschnitten gewährleistet sein. Aufgrund der frühzeitigen Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem bisherigen ELT-Planer wurden nicht alle Leistungsphasen vollumfänglich abgeschlossen und sind nun im Zuge der Neubeauftragung zu prüfen, zu überarbeiten und zu vervollständigen. Siehe hierzu alle Informationen in der beiliegenden A_26-029721_Aufgabenbeschreibung. Es werden Leistungen - Grundleistungen und Besondere Leistungen - des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung für Leistungsphasen 5-9 in Honorarzone II und III (Basishonorarsatz) vergeben. Es ist keine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Siehe hierzu alle Informationen in 26-029721_VII-11-H_Vertrag im Ordner Vertrag und Anlagen zum Vertrag. Ergänzung Zutrittsberechtigung zum Maximilianeum Alle vor Ort im Maximilianeum tätigen Personen des Auftragnehmers müssen nach Vertragsschluss mit dem vollständig ausgefüllten Formblatt zur Sicherheitsüberprüfung beim Landtagsamt angemeldet werden. Die Überprüfung erfolgt durch das Landeskriminalamt. Der Vertragsabschluss setzt das Einverständnis der vorgesehenen Mitarbeiter des Auftragnehmers zur Überprüfung durch das LKA voraus. Nach erfolgter positiver Zuverlässigkeitsüberprüfung erhalten die betroffenen Personen einen Berechtigungsschein zum Betreten der Liegenschaft, dieser Berechtigungsschein muss ständig mit sich geführt werden. Falls sich schwerwiegende Bedenken über die Zuverlässigkeit einer Person ergeben, darf diese nicht im Bereich des Bayerischen Landtags eingesetzt werden; hieraus können keine Terminüberschreitungen abgeleitet werden.

Kennung des Verfahrens: f0e2398e-d1d5-45f7-aa0e-51a320c80212

Vorherige Bekanntmachung: 279200-2026

Interne Kennung: 26-029721

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: München

Postleitzahl: 81675

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: BITTE BEACHTEN Hinweis an Bietergemeinschaften/ARGE: Soll die Leistung, im Falle einer Zuschlagserteilung, von einer Bietergemeinschaft/ARGE ausgeführt werden, so muss sich der Bieter bereits als Bietergemeinschaft/ARGE auf der Vergabepattform registrieren (iTWOtender) und das Angebot als solche Kooperationsform einreichen. Russlandbezug: Der Bieter hat anzugeben, inwieweit sein Unternehmen einen Bezug zu Russland hat. Dafür ist die "Eigenerklärung Bezug Russland" (FB 127/L127/III.127) auszufüllen und als Teil des Teilnahmeantrages abzugeben. Diese Erklärung ist auch für Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher gem. den Bedingungen der Erklärung abzugeben. Der Teilnahmeantrag besteht aus der Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt III.106.1) und Nachweisen. Auftragsunterlagen: Sämtliche Vergabe-/Auftragsunterlagen sind auf der Vergabepattform (www.vergabe.bayern.de bzw. iTWOtender) eingestellt. Alle einzureichenden, bearbeitbaren Formulare sind auf den eigenen

Rechner herunterzuladen, dort lokal auszufüllen und zu speichern. Alle Unterlagen können ausschließlich von registrierten Bietern über die Vergabeplattform (www.vergabe.bayern.de bzw. iTWOtender) in Textform eingereicht werden. Die ausgefüllten und lokal gespeicherten Unterlagen sind auf die Plattform hochzuladen. Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter, der die Erklärung abgibt, erkennbar sein. Eine gesonderte Unterschrift sowie eine fortgeschrittene oder qualifizierte Signatur sind nicht erforderlich. Kommunikation: Die Kommunikation (Fragen, Auskünfte) erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Dabei ist das Tool „Frage stellen“ bzw. „Fragen-Antworten“ zu verwenden und zur Zuordnung die Vergabenummer 26-029721 anzugeben. Alle Fragen nach Submission /Öffnung, bzw. Rückmeldungen zu Absagen, etc. müssen ebenfalls elektronisch über die Vergabeplattform an die Vergabestelle erfolgen/eingereicht werden. Nutzen Sie dafür den Reiter „Beschwerdemanagement/Rügen“ auf iTWOtender. Beschreibungen zur Vorgehensweise bei Angeboten auf der Vergabeplattform (www.vergabe.bayern.de bzw. iTWOtender) unter: <https://download.arriba-net.de/fileadmin/downloaddaten/meinauftrag.rib.de/hilfe/angebot-abgeben-ohne-ava-sign.html>

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Es gelten die gesetzlichen Ausschlussvoraussetzungen nach §§ 123 bis 126 GWB. Der Bieter hat anzugeben, ob Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bieter Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren • gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder • gem. § 98c des Aufenthaltsgesetz oder • gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder • gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist. Nicht fristgerecht eingereichte Angebote bzw. schriftliche (in Papierform eingereichte) oder formlose Angebote werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Es können weitere Ausschlussgründe in den Vergabeunterlagen genannt sein.

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Fachplanung Technische Ausrüstung E Anlagengruppen: 1.1.4 / KG440 - Starkstrom und 1.1.5 / KG 450 – Fernmelde

Beschreibung: Maßnahmennummer: B14H E 01010009 Bezeichnung d. Maßnahme: LT Max, Techniksanie rung Kellergeschoss Vergabenummer: 26-029721 Im Bayerischen Landtag findet eine Generalsanierung und Neuordnung / Neustrukturierung des gesamten Kellerbereichs im Altbau des Maximilianeums mit den Betriebs-, Lager-, Sozialräumen und Werkstätten des Altbaus (Maximilianeum) statt. Aufgrund des erhöhten Platzbedarfs für die Technikflächen und neuen Sicherheitsanforderungen wird in den Stützbauwerken unter den westlichen Auffahrtsrampen nicht genutztes Raumvolumen erschlossen, hergerichtet und für Techniknutzung umgebaut. Unterhalb des zweiten Untergeschosses werden in Teilbereichen neue Raumvolumen hergestellt. Diese Trogbauwerke dienen zur Unterbringung technischer Anlagen/Leitungen, die dort parallel zur bestehenden Technik aufgebaut und in Betrieb genommen werden, damit anschließend der Rückbau der bestehenden Technik erfolgen kann. Gleichzeitig wird die Erschließung des Gebäudes für Besuchergruppen und damit

einhergehend die Verbesserung der Sicherheitsbelange des Landtages optimiert. Im Zuge der Herstellung eines neuen Besucherzugangs wird auch eine barrierefreie Erschließung von Westen geschaffen. Dafür wird das Westfoyer im Erdgeschoss des Altbaus entkernt, statisch ertüchtigt und für eine repräsentative und öffentlich wirksame Nutzung hergerichtet. Die Maßnahme MSK (MSK2+3) wird in mehreren Bauabschnitten in Abhängigkeit zur Baulogistik und zum Landtagsbetrieb ausgeführt. Die vorhandenen Räume sind baulich und technisch sehr stark verwoben und eine enge Verbindung der beiden Teilbaumaßnahmen (MSK2+3) ist damit obligatorisch. Bei der Ausführung der Bauaufgabe und den jeweiligen Umverlegungen ist besondere Sorgfalt darauf zu verwenden, dass der Betrieb des Landtags während der Baumaßnahme aufrechtzuerhalten ist. Die Baustellenabwicklung und Terminplanung müssen, entsprechend mit dem allgemeinen Betrieb des Landtags abgestimmt werden. Für den Betrieb des Landtags sind mehrere Verwaltungs-, Lager-, Werkstätten-, und Archivprovisorien erforderlich. Der Betrieb der Gaststätte im Kellergeschoss muss während der gesamten Bauzeit ebenfalls aufrechterhalten werden, inkl. der allfälligen Entsorgungsnotwendigkeiten. Die Erreichbarkeit der Lagerbereiche der Küche ist trotz der Provisorien zu gewährleisten. Lärmintensive Arbeiten dürfen nicht zu Zeiten der Vollversammlungen (Plenarsitzungen) des Landtags ausgeführt werden. Der Brandschutz muss auch während der Baudurchführung und in allen Bauabschnitten gewährleistet sein. Aufgrund der frühzeitigen Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem bisherigen ELT-Planer wurden nicht alle Leistungsphasen vollumfänglich abgeschlossen und sind nun im Zuge der Neubeauftragung zu prüfen, zu überarbeiten und zu vervollständigen. Siehe hierzu alle Informationen in der beiliegenden A_26-029721_Aufgabenbeschreibung. Es werden Leistungen - Grundleistungen und Besondere Leistungen - des Leistungsbildes Fachplanung Technische Ausrüstung für Leistungsphasen 5-9 in Honorarzone II und III (Basishonorarsatz) vergeben. Es ist keine stufenweise Beauftragung vorgesehen. Siehe hierzu alle Informationen in 26-029721_VII-11-H_Vertrag im Ordner Vertrag und Anlagen zum Vertrag. Ergänzung Zutrittsberechtigung zum Maximilianeum Alle vor Ort im Maximilianeum tätigen Personen des Auftragnehmers müssen nach Vertragsschluss mit dem vollständig ausgefüllten Formblatt zur Sicherheitsüberprüfung beim Landtagsamt angemeldet werden. Die Überprüfung erfolgt durch das Landeskriminalamt. Der Vertragsabschluss setzt das Einverständnis der vorgesehenen Mitarbeiter des Auftragnehmers zur Überprüfung durch das LKA voraus. Nach erfolgter positiver Zuverlässigkeitsüberprüfung erhalten die betroffenen Personen einen Berechtigungsschein zum Betreten der Liegenschaft, dieser Berechtigungsschein muss ständig mit sich geführt werden. Falls sich schwerwiegende Bedenken über die Zuverlässigkeit einer Person ergeben, darf diese nicht im Bereich des Bayerischen Landtags eingesetzt werden; hieraus können keine Terminüberschreitungen abgeleitet werden.

Interne Kennung: 26-029721

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Mit Vertragsschluss werden die LST 2-5 / LPH 5-9 beauftragt.

Keine stufenweise Beauftragung;

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: München

Postleitzahl: 81675

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/08/2026

Enddatum der Laufzeit: 28/03/2034

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Informationen über frühere Bekanntmachungen:

Kennung der vorherigen Bekanntmachung: 279200-2026

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterien - siehe (Link): https://my.vergabe.bayern.de/eignungskriterien.php?lv_id=297691 Die Eignungskriterien sind in der Eigenerklärung zur Eignung III.106.1 aufgelistet. Die Bewertung erfolgt gemäß Anlage B_26-029721_Bewertungsmatrix_Eignung. Gefordert ist der Nachweis der beruflichen Befähigung des Bieters - als auch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft bzw. für jeden anderen Unternehmer, deren Kapazität sich bedient wird -, durch Nachweis der Berechtigung zur Führung einer Berufsbezeichnung (Ingenieur für Elektrotechnik) sowie der Nachweis eines besonderen Berufsstands (Eintrag in das entsprechende Berufsregister). Es handelt sich bei den in III.106.1 unter dem Punkt II.1 genannten Werten um Mindestanforderungen. Diese Kriterien müssen erfüllt sein, damit die Eignung nachgewiesen wird. Liegen die geforderten Nachweise nicht vor, wird das Angebot ausgeschlossen. Ist der Bieter eine juristische Person, ist dieser nur dann teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bieters nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Berufsangehörige die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt. Bieter oder verantwortliche Berufsangehörige juristischer Personen, die die entsprechende Berufsbezeichnung nach dem Recht eines anderen Mitgliedsstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum tragen, erfüllen die fachlichen Voraussetzungen dann, a) wenn sie sich dauerhaft im Bundesgebiet der Bundesrepublik Deutschland niedergelassen haben und berechtigt sind, die deutschen Berufsbezeichnungen nach den einschlägigen deutschen Fachgesetzen aufgrund einer Gleichstellung mit nach der Richtlinie 2005/36/EG (geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU) zu tragen oder b) wenn sie vorübergehend im Bundesgebiet tätig sind und ihre Dienstleistungserbringung nach Richtlinie 2005/36/EG angezeigt haben.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterien - siehe (Link): https://my.vergabe.bayern.de/eignungskriterien.php?lv_id=297691 Die Eignungskriterien sind in der Eigenerklärung zur Eignung III.106.1 aufgelistet. Die Bewertung erfolgt gemäß Anlage B_26-

029721_Bewertungsmatrix_Eignung. Ergänzend zu III.1. der Eigenerklärung – Berufshaftpflichtversicherung: Es ist eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme für Personenschäden in Höhe von 2.000.000 EUR und für sonstige Schäden in Höhe von 2.000.000 EUR bei einem in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens vor Vertragsschluss abzuschließen und nachzuweisen. Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr beträgt mindestens das Zweifache der Deckungssumme und die Deckung wird über die gesamte Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten (s.a.VI.1 AVB / VI.1.StB AVB StB § 16 bzw. VI.2 ZAVB § 15). Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erfüllt werden, mit der dieser den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Sach- und Personenschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall nebeneinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Auf die gesamtschuldnerische Haftung einer Bietergemeinschaft/ARGE wird verwiesen. Es handelt sich bei dem angegebenen Wert um eine Mindestanforderung. Dieses Kriterium muss erfüllt sein, damit die Eignung nachgewiesen wird. Liegen die geforderten Nachweise nicht vor, wird das Angebot ausgeschlossen. Ergänzend zu III.2 der Eigenerklärung – Jahresumsatz: Es ist der spezifische Jahresumsatz des Unternehmens in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Jahren in EUR netto anzugeben. Der durchschnittliche, spezifische Jahresumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages muss in den Jahren 2023, 2024, 2025 mindestens 500.000 EUR netto betragen. Es handelt sich bei dem angegebenen Wert um eine Mindestanforderung. Dieses Kriterium muss erfüllt sein, damit die Eignung nachgewiesen wird. Liegen die geforderten Nachweise nicht vor, wird das Angebot ausgeschlossen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterien - siehe (Link): https://my.vergabe.bayern.de/eignungskriterien.php?lv_id=297691 Die Eignungskriterien sind in der Eigenerklärung zur Eignung III.106.1 aufgelistet. Die Bewertung erfolgt gemäß Anlage B_26-029721_Bewertungsmatrix_Eignung. Ergänzend zu IV.1. der Eigenerklärung – Angaben zu bereits erbrachten Leistungen: Es sind max. 3 geeignete Referenzen mit den geforderten Angaben über erbrachte Leistungen oder Projekte innerhalb des oben genannten Zeitraums, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, vorzulegen. Die Referenzen sind eindeutig zu benennen („Referenz 1“ bzw. „2“ bzw. „3“). Werden mehr als 3 Referenzen eingereicht, werden nur die ersten 3 und eindeutig benannten Referenzen berücksichtigt. Liegen die geforderten Nachweise nicht vor, d.h. wird keine oder weniger als die geforderte Anzahl der Referenzen eingereicht, kann entsprechend nachgefordert werden. Wird der Nachforderung nicht entsprochen, wird das Angebot ausgeschlossen. Es werden nur die gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV geforderten Angaben berücksichtigt. Die unter IV.1 definierten Kriterien stehen gem. § 75 Abs. 4 VgV mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung und zu diesem in einem angemessenen Verhältnis. Dabei müssen die folgenden Kriterien in allen drei Referenzen erfüllt sein, damit die Eignung insgesamt nachgewiesen wird: a) Abschluss LPH 8: Referenzen, bei denen der Abschluss der LPH 8 nicht innerhalb der letzten 7 Jahre vor dem Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung erfolgt ist, erfüllen die Mindestanforderungen nicht. Abgeschlossen bedeutet, dass auch die Überwachung der Beseitigung der bei der Abnahme festgestellten Mängel erfolgt ist und ein Abnahmeprotokoll für die Leistung des Bewerbers vorliegt. b) Honorarzone: \geq II für alle Anlagengruppen c) Leistungsbild abgedeckt: LPH 5-8 für alle Anlagengruppen Die folgenden Kriterien müssen in mind. 1 Referenz (jedoch nicht zwingend in derselben) erfüllt sein, damit die Eignung

insgesamt nachgewiesen wird: d) Kosten der KG 300 + 400 nach DIN 276: ≥ 15 Mio. € netto
e) Art des Projekts: Umbau f) Bauen bei laufendem Betrieb g) Hoher Anteil Technischer Ausrüstung: Anteil KG 400 an KG 300+400: $\geq 40\%$ h) Planen und Bauen in sicherheitssensiblen Bereichen i) Hohe Anforderungen an denkmalpflegerische Belange Bei den Kriterien handelt es sich um Mindestanforderungen. Es muss erkennbar sein, dass anhand der vergleichbaren Referenzen die Eignung gegeben ist. Die Bewertung erfolgt gemäß Anlage B_26-029721_Bewertungsmatrix_Eignung. Für den Nachweis der Referenzen ist die Anlage 26-029721_III.110.a_Referenzen in erforderlicher Anzahl zu verwenden und zu nummerieren. Die Eintragung ist mittels Einfügen von Textfeldern möglich. Über die Angaben in der Eigenerklärung III.106.1 und die dazu seitens des AG geforderten Erklärungen (26-029721_III.110.a_Referenzen) hinaus sind keine weiteren Unterlagen einzureichen. Bei Abgabe bleiben diese in der Wertung unberücksichtigt. Ergänzend zu IV.3. der Eigenerklärung – Ausstattung: -entfällt- Ergänzend zu IV.4 der Eigenerklärung – zusätzliche erforderlichen Nachweise: -entfällt-

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterien - siehe (Link): https://my.vergabe.bayern.de/eignungskriterien.php?lv_id=297691 Die Eignungskriterien sind in der Eigenerklärung zur Eignung III.106.1 aufgelistet. Die Bewertung erfolgt gemäß Anlage B_26-029721_Bewertungsmatrix_Eignung. Ergänzend zu IV.2. der Eigenerklärung – Mitarbeiter: Hier handelt es sich um die Erklärung des Bewerbers über das jährliche Mittel der in den letzten 3 Jahren (2023, 2024, 2025) Beschäftigten/für die Dienstleistung Verantwortlichen des Unternehmens. Die geforderte durchschnittliche Beschäftigtenzahl pro Jahr beträgt mindestens 7 Mitarbeiter. Es handelt sich bei dem angegebenen Wert um eine Mindestanforderung. Dieses Kriterium muss erfüllt sein, damit die Eignung nachgewiesen wird. Liegen die geforderten Nachweise nicht vor, wird das Angebot ausgeschlossen.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Die Qualität ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen (Formblatt III.16.1)

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind in den Vergabeunterlagen (Formblatt III.16.1)

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Die Bewertung des Preises erfolgt gemäß nachstehender Regelung: Das wirtschaftlichste Angebot, welches den Zuschlag erhalten soll, wird in Anlehnung an die Erweiterte Richtwertmethode nach „UfAB V 2.0“ ermittelt. Berücksichtigt wird die Höhe des Honorars (netto) einschließlich Zuschlägen, Besonderen Leistungen, Nebenkosten (=Wertungssumme). Die Wertungssumme (P) wird zu den vergebenen Leistungspunkten (mind. 70 % der Gesamtpunkte) in Relation gesetzt, um das beste Preis-Leistungsverhältnis zu erhalten. Siehe hierzu auch Vergabeunterlagen, Formblatt III.16.1 Nr. C+E.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 05/06/2026 12:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/297691>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Als Sicherheit für die Vertragserfüllung, insbesondere die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich der Abrechnung, Mängelansprüche und Schadensersatz, Vertragsstrafen, Rückzahlung von Überzahlungen, Ansprüche auf vertragsgemäße Erbringung von geänderten und zusätzlichen Leistungen und Ansprüche bei Nichtabführung von Beiträgen an die Sozialversicherungsträger, behält der Auftraggeber von jeder Zahlung jeweils 5 v.H. bis zu einer Höhe von 5 v.H. des tatsächlichen Gesamthonorars ein. Der Auftragnehmer kann stattdessen auch eine Bankbürgschaft stellen. Die Bankbürgschaft ist als selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der Europäischen Gemeinschaft zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers unter Ausschluss der Hinterlegung und unter Verzicht auf die Einrede der Vorklage, zudem ohne Befristung, auszustellen. Einbehalte bzw. Sicherheiten nach Satz 1 und 2 für Leistungen des Auftragnehmers aus den Leistungsstufen 1 - 4 sind spätestens nach erfolgter Teilabnahme dieser Leistungen nach § 9 Nummer 9.1 Abs. 2, 1. oder 2. Variante, auszuzahlen bzw. zurückzugeben, soweit der Auftraggeber nicht zu diesem Zeitpunkt bereits Ansprüche in Bezug auf diese Leistungen geltend gemacht hat.

Frist für den Eingang der Angebote: 12/06/2026 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Unterlagen werden gem. § 56 VgV nachgefordert

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 12/06/2026 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Eröffnungstermin — Beschreibung: Nur Vertreter des Auftraggebers

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Siehe Auftrags- / Vergabeunterlagen

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, - in der

alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist, - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Staatliches Bauamt München 2 - Vergabestelle

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Staatliches Bauamt München 2 - Vergabestelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Staatliches Bauamt München 2 - Vergabestelle

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Staatliches Bauamt München 2 - Vergabestelle

Organisation, die Angebote bearbeitet: Staatliches Bauamt München 2 - Vergabestelle

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Staatliches Bauamt München 2

Registrierungsnummer: ID 12096469

Postanschrift: Ludwigstraße 18

Stadt: München

Postleitzahl: 80539

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@stbam2.bayern.de

Telefon: 004989 693321-0

Fax: 004989 693321-291

Internetadresse: <https://www.stbam2.bayern.de/>

Profil des Erwerbers: <https://vergabe.bayern.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. **ORG-0004**

Offizielle Bezeichnung: Staatliches Bauamt München 2 - Vergabestelle

Registrierungsnummer: t0896933210

Postanschrift: Ludwigstr. 18

Stadt: München

Postleitzahl: 80539

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabestelle

E-Mail: vergabestelle@stbam2.bayern.de

Telefon: 0049896933210

Fax: 004989693321291

Internetadresse: <https://www.stbam2.bayern.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

Organisation, die Angebote bearbeitet

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. **ORG-0005**

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern

Registrierungsnummer: 09-0318006-60

Postanschrift: Maximilianstr. 39

Stadt: München

Postleitzahl: 80538

Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: 00498921762411

Fax: 00498921762847

Internetadresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/service/nachpruefungsverfahren/index.html>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. **ORG-0006**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 45b8f5ec-35b9-44a1-98bc-bc71142e7a06 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/05/2026 16:28:00 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 331182-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 93/2026
Datum der Veröffentlichung: 15/05/2026